

Thema: QR-Code in allen öffentlichen Toiletten in der Donaustadt

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Lena Hovivyan, MA

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 08.03.2023 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratischen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht die Möglichkeit zu prüfen, in allen öffentlich zugänglichen Toiletten und in Toilettenanlagen in Einrichtungen der Stadt Wien in der Donaustadt, einen QR-Code mit dem Hinweis für die „DEC112“ App und weiteren Hinweisen zum Thema Opferschutz sowie eine Zusammenstellung zu Schutzmaßnahmen und Hilfestellung in Gewaltsituationen anzubringen. Das Ergebnis der Prüfung soll inklusive einer Kostenschätzung der Kommission für Bildung, Inklusion, Diversität und Soziales zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Begründung

Die Gewaltdelikte sind in den letzten Jahren in Österreich kontinuierlich ansteigend, vor allem die Gewalt gegen Frauen. Bereits 28 Femizide und 25 weibliche Opfer von mutmaßlichen Mordversuchen bzw. schwerer Gewalt verzeichnet der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser im Jahr 2022 (Stand Oktober 2022). Auch die aktuellen Gewalttaten, sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen auf Mädchen und junge Frauen in Wien, die unlängst innerhalb eines kurzen Zeitraums stattgefunden haben sind besorgniserregend.

Seit März 2022 gibt es die App „DEC112“, die sogenannte „Stiller Notruf“ App, die jede Frau auf ihr Smartphone uploaden kann. Mit dieser Maßnahme der Bundesregierung können Frauen, die sich in Gefahr befinden, lautlos und unauffällig die Polizei rufen. Es gibt auch verschiedene Schutzangebote seitens der Stadt Wien. Es ist wichtig auf die bereits implementierten möglichen Hilfeleistungen hinzuweisen und diese sichtbar zu machen. Eine Anbringung an öffentlichen Toilettenanlagen ist eine gute Möglichkeit, dass sich Frauen und Mädchen unkompliziert über bereits vorhandene Angebote informieren können und im Ernstfall auf vorhandene Hilfeleistungen zurückgreifen können. Es muss im Interesse aller sein, dass jede Möglichkeit Schutz und Hilfe in Gefahrensituationen bietet, bekannt und zugänglich gemacht wird.